



Perestroika: Geschichte ohne Zukunft?

Alice im Wirtschaftswunderland?

Roland Brunner

Treibende Kraft der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion ist die Ineffizienz und Unfähigkeit des Wirtschaftssystems, minimalste Anforderungen einer modernen Ökonomie zu erfüllen. Produktionsrückgang, das Debakel in der Versorgungslage, Qualitäts- und Gleichgewichtsprobleme schaffen einen Reformdruck, auf den die politischen Instanzen mit verschiedenen Reformkonzepten antworten. Perestroika als das «Resultat eines langen Leidens unserer Gesellschaft», wie der Moskauer Wirtschaftsexperte Leonid Albakin dies bezeichnet. Wir zeichnen die Entstehung der Reformdebatte und ihre jetzigen Herausforderungen nach.

Die Perestroika, der wirtschaftliche Umbau, steckt in der Klemme. Seit Anfang der 80er Jahre muss die Sowjetunion das grösste ökonomische Leistungstief der Nachkriegszeit verbuchen. Im Zentrum steht die Kritik des zentralen Planungssystems «GOSPLAN», das mit über 200 zentralen Behörden das wirtschaftliche Leben mittels mehr als 500'000 administrativ festgelegten Preisen bis ins Detail regelte. *«Die Perestroika ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Lösung aktueller Probleme der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung. (...) Die erste und wichtigste Aufgabe der neuen Wirtschaftsverwaltung besteht darin, mit dem Diktat des Produzenten und den Versorgungsengpässen in unserer Wirtschaft Schluss zu machen und die Produktion direkt an der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und der Nachfrage des Konsumenten auszurichten.»* – so Abel Aganbegjan, Chefberater Michail Gorbatschows in Wirtschaftsfragen (Aganbegjan 1989, S. 18).

Immer fraglicher wird jedoch, ob das Ziel der Erhöhung wirtschaftlicher Effizienz einerseits und des Umbaus des gesamten Wirtschaftssystem andererseits überhaupt miteinander vereinbar sind oder ob der heutige prekäre und auf Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion erkaufte Lebensstandard auf ein Dritt-Welt-Niveau abgeleitet wird. Während *Michail Gorbatschow* noch 1988 behaupten konnte: *«Durch die Anstrengungen der Partei und der Werktätigen ist es gelungen, das Abrutschen des Landes in eine wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Krise zu stoppen»* und betont: *«Es vollzieht sich eine Konsolidierung der Kräfte der revolutionären Erneuerung. Die Menschen glauben an die Perestroika und fordern, dass sie ständig vorangetrieben wird»* (M. Gorbatschow, Es gibt kein zurück; in: Afanassjew 1988), erscheinen die Auswirkungen heute – fünf Jahre nach Beginn der Umgestaltung – bedeutend widersprüchlicher. Bereits für 1988 zitiert Tatjana Saslawskaja eine Meinungsumfrage, wonach die Mehrheit der Befragten keinen sonderlichen Optimismus verspüren und in der Tendenz eine weitere Verschlechterung vorhersahen (Saslawskaja, in: Afanassjew 1988, S. 23).

Wassily Leontief, Professor an der Universität New York und Absolvent der Universität Sankt Petersburg, gebraucht dafür folgendes Bild: *«Die Wirtschaft erinnert an ein Segelboot, an eine Jacht: Der Wind ist die materielle Interessiertheit des einzelnen, der Staat das Steuer. Ein guter Leiter, ein guter Kapitän weiss genau, wohin die Fahrt geht und was er will. In der Sowjetunion hat man seinerzeit alle Segel eingeholt, doch dann gibt es auch nichts zu steuern.»* (Neue Zeit, 23.90) Die Reformdebatte über die notwendigen Massnahmen geht über systemimmanente Strukturanpassungen hinaus: Sind der heutige Lebensstandard der Gesellschaft, ihr Konsumniveau und die bescheidenen sozialen Absicherungen verantwortlich für die schlechte Qualität der Produkte, den Produktionsrückgang, den extensiven Bedarf an Investitionsgütern? Ist es möglich, den heutigen Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, die völlige Peripherisierung der Ökonomie und deren soziale Kosten zu vermeiden und diese Probleme dennoch in den Griff zu bekommen? Kann ein unkontrollierter Inflationsprozess verhindert werden und gleichzeitig die Vorteile flexibler Preisstrukturen wirken lassen, die eine schnelle Anpassung an Veränderungen in Angebot und Nachfrage erleichtern? Ist die Perestroika schuld an der aktuellen Misere oder schafft sie es einfach nicht, die gegebenen Probleme zu lösen? Diese Reformdiskussion beschleunigt sich unter dem Druck der Misere weiter. Ihre Ur-

sprünge liegen aber schon vor der Ära Gorbatschow, auch wenn heute die Realisierung der alten Konzepte in immer schnellerem Tempo und immer umfassenderen Sinne gefordert wird.

Von der Anpassung zur «Revolution»

Unter Gorbatschow verallgemeinerte sich das Problembewusstsein der Krankheit, die Diskussion über das adäquate Heilmittel blieb aber kontrovers. Ab 1985 dringt die Reformdebatte in immer breitere Kreise der Intelligenz und der ganzen Bevölkerung. In seinem Buch Perestroika schildert Gorbatschow die Lage so: *«Probleme ballten sich schneller zusammen, als sie gelöst werden konnten. Insgesamt wurde die Gesellschaft zunehmend unlenkbar. Wir dachten nur, wir sässen im Sattel, während die tatsächliche Situation, die sich anbahnte, eine war, vor der Lenin gewarnt hatte: Das Automobil fuhr nicht in die Richtung, in die der Lenker des Fahrzeuges vermutet hatte, dass es fuhr.»*

Mit dieser Beschleunigung der Reformdebatte fallen auch alte Tabus wie die Liquidierung von Unternehmen, Arbeitsplatzsicherheit usw. Die ersten zaghaften Schritte hin zum Meinungpluralismus (glasnost) dienten damals in erster Linie als Versuchsballon, um die Durchsetzbarkeit von Reformen gesamtgesellschaftlich auszuloten. Insgesamt zeichnen sich die Reformvorschläge in dieser Zeit weniger durch einen ausgereiften Plan als durch einen Reformpragmatismus aus. Ausgehend von einem gemeinsamen Problembewusstsein über die Effizienzschwäche, rückläufige Wachstumsraten, die Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage, dem technologischen Rückstand, den Qualitätsproblemen und der Unfähigkeit, die Bedürfnisse der KonsumentInnen zu befriedigen, entsteht aber keine Übereinkunft bezüglich Problemursachen und Lösungsansätze. Drei Positionen schälen sich heraus:

1. Die (Neo-)Konservativen: Sie fordern die Rückkehr zu den Grundprinzipien der zentralen Wirtschaftsplanung. Sie verteidigen Stalins Wirtschaftskonzeptionen, den Zentralismus, den «eisernen Besen» und damit ihre eigenen Interessen. Der Plan soll den Kern der Mittelverteilung darstellen. Mittels eines systemweiten Einsatzes von Computern hoffen sie, die Qualität der Informationen und die Entscheidungen zentraler Planbehörden zu verbessern. «Computergestützte Entscheidungsfindung im Management» nennt sich dieser Techno-Stalinismus. Sie verlangen eine effektive Überwachung des einzelnen Unternehmens und dadurch eine bessere Planerfüllung. *Vladimir Pankow* liefert ein schönes Beispiel für die Vorstellungswelt solcher Kreise: Die Schaffung des Ministeriums für Obst- und Gemüsewirtschaft (Minplodososchtschos) Anfang der 80er Jahre, das selbst von Partei- und Staatsfunktionären «Hauptverwaltung für Wassermelonen» genannt wird. Man wollte nach den Moskauer Olympischen Spielen 1980 den Mitgliedern des aufgelösten Exekutivkomitees der Olympiade ihre Gehälter und Vergünstigungen erhalten, so wurde dieses Ministerium geschaffen. . .

Diese Kreise warten heute teilweise noch ab und hoffen auf das Scheitern Gorbatschows, um dann zur Disziplin zurückkehren zu können. Teilweise haben sie ihre Gegenoffensive schon gestartet.

2. Die Gemässigten: Sie setzen sich für die Perfektionierung des bestehenden Systems mittels Strukturreformen ein. In diesen Kreisen herrscht grosse Meinungsvielfalt und Pragmatismus. Allgemein wird von betriebswirtschaftlicher Rechnungsführung, realer, aber zentraler Preisbildung gesprochen. Fehlplanung erscheint als Ursache der Wirtschaftsprobleme. Mit einer effektiveren Planung, einer Straffung der Ministerien, grösseren Gewinn- und Lohnspielräumen hoffen sie, eine differenziertere und effizientere Wirtschaftsplanung zu erreichen. Dies bedeutet aber auch die Stärkung des Zentrums, das allerdings nicht mit administrativen Massnahmen regieren dürfe.

3. Die Radikalen: Sie fordern systemumfassende Reformen zur Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung. Am 27. Par- teitag vom Februar 1985 erklärte Michail Gorbatschow: *«Die wirtschaftliche Lenkung bedarf einer stetigen Verbesserung. Aber nun sieht die Situation so aus, dass es unmöglich ist, die Massnahmen auf partielle Verbesserungen zu beschränken – was wir brauchen, ist eine radikale Reform.»* Diese Formulierung schaffte Luft für die Radikalen, die sich am ungarischen Modell oder an der Neuen Ökonomischen Politik der 20er Jahre orientieren. Sie verlangen die Freigabe der Preise, die Einführung der Marktwirtschaft, die Beschränkung auf eine Rahmenplanung und einen freien Wettbewerb.

Die sozialen Kräfte des Umbaus

Einige WirtschaftsexpertInnen begannen, neue Perspektiven aufzuzeigen und die Ursachen des Misserfolgs früherer Reformversuche bis an die Wurzeln zurückzuverfolgen. In den Debatten tauchte ein bisher neues Moment auf, das zeigt, dass man aus den Erfahrungen gelernt hatte: der Gedanke, man brauche eine Reformstrategie, um die ReformgegnerInnen zu neutralisieren und die Unterstützung solcher Gruppen in der Bevölkerung und Entscheidungshierarchie zu sichern, die vom strukturellen Wandel profitieren. Zu den Neuerungen gehören auch Ansätze zu einer Theorie über die politischen Voraussetzungen, die einen Erfolg der Reformen begünstigen.

Vor allem die Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin Tatjana Saslawskaja schaffte sich einen Namen mit solchen Vorstellungen. Ihre Überlegungen konzentrieren sich auf drei Thesen: Erstens, dass das alte System einen Anachronismus darstellt. Zweitens, dass Veränderungen unweigerlich zu Interessenkonflikten mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen führen; deshalb sei es notwendig, die Reformgegner zu neutralisieren und sich anderweitig Unterstützung zu sichern. Und drittens, dass die Führung die richtigen Prioritäten setzen muss, um Widersprüche in der Reformkonzeption so weit als möglich zu eliminieren. Sie sieht den Reformprozess als gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozess: *«Um den Verlauf der Perestroika effektiv steuern zu können, muss man wissen, welche Klassen, Schichten und Gruppen bei den jeweiligen Massnahmen gewinnen und welche verlieren.»* (Saslawskaja; in: Afanassjew 1988, S. 27) Sie geht davon aus, dass die Umgestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen im grossen und ganzen den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen, unterscheidet dann aber verschiedene Schichten dieser Klasse: Während die «hochgebildeten, hochqualifizierten, initiativreichen, schöpferischen und politisch aktiven Arbeiter»

am meisten profitieren, gibt es auch eine Schicht, «die im alten System privilegiert war und nun der Perestroika miss- trauisch gegenübersteht» (S. 35).

Sie sieht aber Polarisierungen voraus: *«Es fragt sich, ob eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ohne eine wesentliche Zuspitzung des sozialen Kampfes möglich ist. (...) Die Strategie der sozialen Leitung der Perestroika muss es verstehen, die Konflikte zwischen den einzelnen Gruppen auf ein Minimum zu beschränken und die sozialen Spannungen in der Gesellschaft abzubauen, um die gesetzten Ziele zu einem möglichst geringen sozialen Preis zu erreichen.»* (S. 62) Diese Hoffnung sieht Gawril Popow, Chef- redaktor der Zeitschrift Woprossy Ekonomiki, seit 1989 Volksdeputierter und heute Bürgermeister Moskaus, nicht: *«In der Perspektive ist ein globaler Zusammenstoss mit diesen (konservativen) Kräften unvermeidlich»* (S. 697), da die Bürokratie aus Angst und Verzweiflung vor der Passivität der Massen versuche, etwas von oben zu oktroyieren. *«Eine Perestroika von oben kann»*, so Popow, *«nur zur nächst- fälligen bürokratischen Utopie ausarten.»* Die Perspektive von Popow: *«Die Perestroika, die Änderung der eigent- lichen Grundlage des Lebens von Millionen kann nur deren eigene Sache sein. Was wir im Ergebnis erhalten, hängt ausschliesslich von der Aktivität der Massen und vom demokratischen Mechanismus ab, der es erlaubt, das reale Kräfteverhältnis in diesem Prozess blosszulegen. Wahre Perestroika – das ist die Revolution der Massen und nicht die Verwirklichung der Vorhaben und Pläne einzelner Per- sonen. Und dann werden wir das bekommen, wozu die Mas- sen reif sind und was sie für notwendig halten.»* (S. 705)

Probleme im Aussenhandel

Während das Bruttosozialprodukt der UdSSR laut offiziellen sowjetischen Statistiken unmittelbar hinter dem der USA liegt und gemäss westlichen Angaben an dritter Stelle hinter den USA und Japan, nimmt der Aussenhandelsumsatz der Sowjetunion nur Rang 14 ein. Die Verflechtung der sowjetischen Wirtschaft mit dem Aussenmarkt ist aber viel grösser, als dies erscheinen mag. Die UdSSR exportiert fast 30% des im Land geförderten Erdöls und mehr als 10% des Erdgases. Auf diese beiden Brennstoffe entfallen bis zu 80% des so- wjetischen Exports für den westlichen Markt. Der Sturz der Weltmarktpreise für Erdöl 1985 und 1986, verbunden mit dem Verfall des Dollarkurses, hat der Sowjetunion in den 80er Jahren Verluste gebracht, die sich auf viele Milliarden Dollar belaufen.

Die Preisstellung für Öl erfolgt in Dollar. Als der Ölpreis fiel, wurde der US-Dollar gegenüber den Währungen West- europas und Japans entsprechend abgewertet. Mit Ausnahme der Getreideimporte wickelt die UdSSR den grössten Teil ihrer Beschaffungen in der BRD, Japan, Frankreich und Ita- lien ab. Folglich dämpfte der Dollarzerfall zusätzlich die Kaufkraft des sowjetischen Öls im Westen. Ausserdem ist die Ölförderrate der Sowjetunion seit 1984 praktisch stetig rückläufig. Das selbe Problem hat die Sowjetunion nun mit dem Niedergang des Goldpreises.

Die Orientierung der sowjetischen Planungsorgane an der Entwicklung des Exports unverarbeiteter Naturressourcen geriet in Widerspruch zu der sich verändernden Struktur der internationalen Nachfrage. Die Konzepte der Autarkie aus

Stalins Zeiten, der Spaltung der Welt in zwei gegensätzliche Staatensysteme wird teuer bezahlt durch das Ausbleiben technologischer Modernisierungen der gesamten Struktur der sowjetischen Wirtschaft.

Seit 1987 wurde das Aussenhandelsmonopol des Staates gelockert. Zunächst wurde 77 Betrieben (Produktionsvereinigungen) ein direkter Zugang zum Weltmarkt gestattet. In der Verordnung des Ministerrates Nr. 1405 vom 2. Dezember 1988 wurde auch allen übrigen Betrieben am 1. April 1989 das Recht auf die unmittelbare Durchführung von Export- und Importgeschäften zugestanden. Einerseits führte dies dazu, dass am 1. Juli 1989 bereits 5000 sowjetische Wirtschaftsunternehmen Aussenhandelsbeziehungen aufgenommen haben. Andererseits zogen sich auch viele westliche Firmen zurück, da der Staat jetzt nicht mehr für allfällige Verluste garantierte.

Joint Ventures auf dem Papier, Kooperativen im Aufschwung

Viel erhoffte sich die sowjetische Führung von der Bildung von Joint Ventures. Ausländisches Kapital und Know-how sollte die Sowjetunion aus dem Schlamassel befreien. 1987 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Die Zahl der Joint Ventures erhöhte sich rapide von 192 am 3.1.1989 auf 680 am 1.7.1989 und auf 1274 Anfang 1990. Von den 1200 inzwischen abgeschlossenen Joint-Venture-Unternehmen arbeiten aber ganze 6% laut offiziellen Angaben. Die Hälfte davon ist zusätzlich rein exportorientiert, und viele sind nichts anderes als legalisierte Umgehungsgeschäfte für den internationalen Handel ohne Aussenhandelsmonopol. Selbst das Musterbeispiel, die Schuhfabrik Skorahod, lässt wenig Ruhmliches vernehmen: Sie hält den (inoffiziellen) Rekord für die schlechteste Qualität. Die meisten Joint Ventures bilden kleine industrielle Inseln, geschützt im Meer von Ineffizienz und staatlicher Kontrolle. In die sowjetische Wirtschaft sind sie gar nicht integriert. Laut Financial Times (12.3.1990) haben «viele Joint Ventures, die in den letzten zwei Jahren gegründet wurden, mehr mit unternehmerischen Jahrmärkten zu tun als mit industriellen Realitäten». Die Führung versucht mit der Bildung von freien Wirtschaftszonen und der Kontaktaufnahme mit internationalen Institutionen wie EG, EFTA, IWF diese Tendenz zu durchbrechen. Bisher jedoch mit wenig Erfolg, wie der Beschluss des EG-Gipfels vom 26. Juni 1990 zeigt: Das Zustandekommen eines 25-Milliarden-Soforthilfekredites scheiterte daran, dass man sich nicht darauf einigen konnte, welche Bedingungen an die Kreditvergabe zu binden sind.

Demgegenüber entwickeln sich die Kooperativen langsam aber stetig. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Genossenschaftswesen am 1. Juli 1988 stieg die Zahl der SowjetbürgerInnen, die in Kooperativen arbeiten, bis Anfang 1990 auf 2,9 Millionen. Weitere 0,3 Millionen sind in «individuellen Einzelunternehmen» tätig. Insgesamt macht das 2,3 Prozent des Arbeitskräftepotentials der UdSSR aus. 1988 erarbeiteten diese Genossenschaften Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von 6,06 Mrd. Rubel (0,7% des Bruttosozialproduktes). Damit gelang es ihnen nicht, die Schattenwirtschaft zu verdrängen. Im Gegenteil: Laut Pankov wurden sie häufig von «Geschäftsleuten» der Schattenwirtschaft gegründet, um damit ihre illegalen Einnahmen und

Vermögen reinzuwaschen und zu legalisieren. Zudem wird häufig Geld, das von Banken, internationalen Institutionen oder dem Staat für die Bildung von Kooperativen zur Verfügung gestellt wurde, statt in produktive Investitionen in den Lohnfonds geleitet. Die so überhöhten Einkommen der Genossenschaften verursachen viel Missmut bei anderen Lohnabhängigen und dadurch vermehrt soziale Spannungen gegen die «Profiteure». Ebenso lässt sich eine erhebliche Abwanderung von hochqualifizierten ArbeiterInnen und Fachleuten aus den staatlichen Betrieben in die Kooperativen feststellen.

Fehlende Konsumgüter

Im Herzen der Probleme der sowjetischen Ökonomie liegt der Produktmangel im Konsumgüterbereich. Der Anteil der industriellen Branchengruppe A (Produktion von Produktionsmitteln, d.h. in westlicher Terminologie von Investitionsgütern) nahm in der sowjetischen Geschichte kontinuierlich zu Lasten der Gruppe B (Produktion von Konsumgütern) zu. So betrug das Verhältnis A:B im ersten Planjahr (1929–1932) 43:57, im dritten Planjahr (1938–1941) 50:50, im fünften Planjahr (1951–1955) 66:34 und im elften Planjahr (1981–1985) 74:26. Die Quote der Leichtindustrie beträgt in bezug auf die gesamte Industrieproduktion zur Zeit nur 14 bis 18 Prozent (nach Popow, S. 21).

Die Reformschritte der materiellen Anreize für die ProduzentInnen, um den Ausstoss an Produkten zu vergrößern, verschlimmert die Lage weiter, statt sie zu verbessern: Während die Löhne 1989 um 10,9 Prozent anstiegen, vergrößerte sich der industrielle Output um ganze 1,7 Prozent. Da die erhöhte Kaufkraft nicht durch vermehrte Güter gedeckt werden kann, entwickelt sich der Schwarzmarkt und damit eine versteckte Inflation. Da die Preise von der Regierung festgesetzt sind und für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs aus politischen Gründen künstlich auf niedrigerem Niveau gehalten werden, äussert sich der inflatorische Druck im Gegensatz zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht in einem Anziehen der offiziellen Preise, sondern versteckt in den Schwarzhandelspreisen.

«Der Preisindex wird uns dabei helfen, die Dinge in ihrem wahren Licht zu sehen. In den letzten zwanzig Jahren ist der sowjetische Preisindex um zehn Punkte gestiegen, weit geringer als in irgendeiner Marktwirtschaft. Gleichzeitig haben sich die Durchschnittslöhne um einhundert und die kostenlosen sozialen Dienstleistungen und Zuschüsse, auf die Bürger Anspruch erheben können, um zweihundert Prozent erhöht. Das bedeutet, dass sich unser reales Pro-Kopf-Einkommen verdoppelt hat, verglichen mit dem vor zwanzig Jahren, was vor allem der generellen Stabilität der Preise zu verdanken ist.» Ob dies wirklich «zu verdanken» ist, wie der Leitartikel in Soviet Life vom Januar 1985 vorgibt, muss bezweifelt werden, führt doch die Erhöhung des Geld- und Kreditvolumens bei gleichbleibenden verfügbaren Gütermengen zu Verknappungen. Der erhöhte Geldbetrag weckt Erwartungen, die jedoch beim Einkauf frustriert werden. Das spezifische Gefühl der Entbehrung und des Mangels in den missplanten Staatswirtschaften erklärt sich aus dieser Diskrepanz von Kaufkraft und Gütermangel.

Das selbe geschieht in der Landwirtschaft. Damit die Bauern mehr produzieren, bekommen sie monetäre Anreize. Da sie dafür jedoch keine Konsumgüter kaufen können oder nur zu überhöhten Preisen, wird das vermehrte Einkommen gehortet und der Anreizeffekt geht verloren. Obwohl also die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden kann, führt dies nicht zu einer besseren Befriedigung der gesellschaftlichen Nachfrage. **«Diejenigen, die von illegalen Aktivitäten Abstand nehmen, werden somit Opfer der Inflation, da die Kräfte, die Angebot und Nachfrage am Schwarzmarkt bestimmen, ihren Tribut auf dem legalen Konsumsektor verlangen»**, schreibt Judy Shelton (Shelton, S. 64).

Nach Schätzungen sowjetischer Soziologen wird rund 15 Prozent der gesamten Arbeitszeit dazu verwendet, trotzdem an die Güter ranzukommen. *Andrej Orlow*, Vorsitzender der staatlichen Kommission für die Wirtschaftsreform, schätzt, dass pro Rubel für ganze 0,18 Rubel Waren erhältlich sind. Ursache dieser Misere ist die chronische Unterinvestition in der Leichtindustrie. Während hier 14% des industriellen Outputs und gar 37% der Konsumgüter hergestellt werden, gelangen nur ganze 4% der staatlichen Investitionen in diesen Sektor. Es ist unmöglich, die Lohnabhängigen zu motivieren, mehr zu produzieren, indem man ihnen mehr Lohn bezahlt, der aber wertlos ist, da es dafür nichts zu kaufen gibt. Dieser Kaufkraftüberhang untergräbt auch allfällige Erfolge der Wirtschaftsreform, kann doch die Produktionserhöhung im Tempo nie mit der versteckten Inflation Schritt halten.

Die politische Führung sieht sich in einer Zwickmühle. Sie muss die Konsumgüternachfrage um jeden Preis decken. Bezieht sie diese Güter aber aus dem Ausland, so kosten sie harte Devisen und vergrößern damit das Aussenhandelsdefizit noch weiter. Wird die Konsumgüterindustrie auf Kosten der Nomenklatura oder des Militärs forciert, so entsteht verschärfter Widerstand aus dem Apparat. Die Schicht des Verwaltungspersonals umfasst immer noch etwa 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, und ihr Unterhalt kostet die Gesellschaft jährlich 40 Milliarden Rubel. Würde die Führung versuchen, den Kaufkraftüberhang mittels eines Währungsschnittes zu kappen, entwürde ihr sozialer und politischer Widerstand aus der Bevölkerung. *Vladimir Pankov* sieht die Gefahr: **«Beim Einsetzen der Inflation 1988 und deren dramatischer Zuspitzung im Jahr 1989 machten sich die erwähnten Mankos besonders negativ bemerkbar. Der explosive Anstieg der Inflation ist zu dem neuralgischen Punkt der radikalen Wirtschaftsreform und wohl der Perestroika überhaupt geworden, von dessen Überwindung Erfolg oder Misserfolg des gesamten revolutionären Prozesses der Umgestaltung abhängig sind!»** (S. 108)

Debatte über die «soziale Sicherheit»

Entscheidend für die politische Durchsetzbarkeit aller Reformkonzepte und Strategien ist das Versprechen der «Garantierung der sozialen Sicherheit», der Statuswahrung für die BürgerInnen der Sowjetunion. Heute wird offensichtlich, dass soziale Massnahmen, wo sie nicht sowieso reine Ideologie waren, mit dem Ausbluten der Wirtschaft und der masslosen Verschwendung der Bürokratie bezahlt wurden. Die Zweckmässigkeit gewisser Absicherungen, bei aller Dürftigkeit, wird offen in Frage gestellt. Arbeitsplatzsicherheit, Konkursicherheit für Betriebe, ausgeglichene Einkom-

mensverteilung, kurz alle Massnahmen, die auf dem Papier eine egalitäre Sozialstruktur und damit die «sozialistische Gesellschaftsordnung» garantieren sollten, werden in ihren gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen immer häufiger als Problemursache für tiefe Produktivität und schlechte Produktequalität erkannt.

Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts führt zu einer Freisetzung von Arbeitskräften. Bereits Anfang 1988 war die Beschäftigtenzahl in allen wichtigen Industriekomplexen zurückgegangen: in Hüttenwesen und Chemie um 2,4 Prozent und in Maschinenbau und Leichtindustrie 1,4 Prozent. Bis Ende 1990 werden nach dieser Entwicklung rund 3 Millionen Arbeitsplätze und bis zum Jahr 2000 bis zu 16 Millionen Arbeitsplätze verschwinden.

Arbeitslosigkeit erscheint in der Reformdebatte immer häufiger als legitimes, möglicherweise notwendiges Mittel für die Unternehmen, um das Leistungspotential der ArbeiterInnen besser auszuschöpfen: **«Im Westen gibt es Arbeitslosigkeit, Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes überflüssig sind. Aber andererseits wird denen, die Arbeit haben, auch einiges abverlangt. Wir haben vergessen, was Arbeitslosigkeit ist, aber wozu soll das gut sein, wenn wir zeitweise nur mit halber Kraft arbeiten?»**, so der sowjetische Wirtschaftsexperte *W. Seliunin*. Oder *Nikolai Schmeljow*, Volksdeputierter, in der Zeitschrift *Nowy Mir* (6/87): **«Wir müssen furchtlos und sachlich erörtern, was uns eine relativ geringe Reservearmee von Arbeitskräften gibt (die die Gesellschaft natürlich nicht völlig ihrem Schicksal überlässt)... Die reale Gefahr, seine Arbeit verlieren zu können, Arbeitslosenunterstützung beziehen zu müssen oder verpflichtet zu sein, dort zu arbeiten, wo man hingeschickt wird, ist kein schlechtes Mittel gegen Faulheit, Alkoholmissbrauch und Verantwortungslosigkeit.»**

Auch *Leonid Albakin* vertritt die Meinung, dass Feudalismus und Kapitalismus über zwar verachtenswerte, aber effektive Mechanismen verfügen, um Arbeitskräfte zu disziplinieren. In sozialistischen Gesellschaften habe man bisher noch keine wirksamen, humaneren Methoden zur Förderung der Arbeitsdisziplin gefunden.

Soziale Sicherheit erscheint in dieser Argumentation als Gegensatz zu Effizienz. Einzig der Druck der Märkte wird als befähigt gesehen, hohe Wachstumsraten, technologischen Fortschritt und eine wirtschaftliche Rechnungsführung zu garantieren. Das Problem der Perestroika wird so zum Problem des Abwägens zwischen Gleichheits- und Effizienzanspruch.

So sieht *Leonid Albakin*, dass die Existenz unrentabler Betriebe nicht nur ihrem eigenen Verschulden zuzuschreiben ist: **«Dass Betriebe und sogar ganze Industriezweige unrentabel arbeiten, ist häufig nicht ihre Schuld, sondern lediglich ihr Missgeschick. Das hat historische Wurzeln. In vielem erklärt sich dies mit dem bestehenden unausgewogenen Preissystem für Erzeugnisse einiger Zweige der Volkswirtschaft.»** (Albakin 1989, S. 25) Trotzdem fordert er dann: **«Ein Betrieb, der vom Staat mehr verlangt, als er gibt, ist ein Schmarotzer, dessen Existenz durch nichts gerechtfertigt werden kann. Er muss beseitigt werden.»** (ebenda, S. 26). Ein solcher ideologischer Liberalismus ist selbst im Westen unvermeidbar. Die gesellschaftlichen Kosten, die bei Stilllegung eines Unternehmens – beispielsweise

der SBB – entstehen, können weit über den finanziellen Kosten liegen. Widersprüchlicherweise hält aber Albakin an der Vollbeschäftigung fest, die er als *«eine der wichtigsten Erzeugenschaften des Sozialismus»* bezeichnet, von der man sich nicht abkehren wolle.

Lebensmittel-Subventionen

Ein weiteres Problemfeld liegt in der Subventionierung des täglichen Lebens auf breiter Ebene: Die Preise der Lebensmittel sind viel geringer als die tatsächlichen Kosten für deren Produktion, für die Rohstoffe, die Arbeit, die Energie und den Transport. Ein Drittel des gesamten Staatshaushaltes dient nur dazu, Betriebe zu subventionieren, die ihre Erzeugnisse zu solchen festgelegten tiefen Preisen verkaufen müssen. Allein die Lebensmittelpreise stützt der Staat mit über hundert Milliarden Rubel jährlich (offiziell 220 Milliarden Franken).

Die fixierten Nahrungsmittelpreise sind zweifellos niedrig: Ein Kilo Fleisch kostet im Schnitt zwei Rubel. Aber andere Konsumartikel sind ausgesprochen teuer: Ein Kleid kostet 150 Franken, eine Bluse ebenso, ein Mantel ohne Extras 500 Franken – das Verdienst eines Monats. Wie Gorbatschow in einer Rede im Oktober 1987 in Murmansk anmerkte, stimmt etwas nicht, wenn man für ein Paar Damenschuhe 122 Rubel hinblättern muss, eine Summe, die ausreichen würde, um den jährlichen Fleischbedarf für eine Person zu decken. Das Problem ist nun, die Aufhebung dieser Subventionen politisch durchzusetzen, ohne dabei soziale Härten zu provozieren.

Die Erklärungen der sowjetischen Führung widersprechen sich häufig. Premier Ryschkow, der Hauptabteilungsleiter der zentralen Planungsbehörde GOSPLAN, Wladimir Berzukow, und der Planungschef Jurij Masiliukow sind sich zwar in der Notwendigkeit von Reformen einig, aber kaum in deren Umsetzung. Die staatlichen Subventionen sollen abgebaut werden, dafür sollen Einkommenszuschläge von 10 bis 13 Rubel monatlich als Ausgleich bezahlt werden. Der Sparhaushalt sieht Preissteigerungen für Nahrungsmittel von über 100 Prozent vor, Stoffe, Schuhe, Baumaterialien und Fahrkarten sollen um 30 bis 50% aufschlagen. Trotzdem verspricht die Regierung, für die Bevölkerung würden diese Massnahmen nicht mit einem Kaufkraftverlust verbunden

sein. Kinderzuschüsse und Altersrenten sollen angepasst werden, Lohnerhöhungen allgemein die sozialen Auswirkungen abfedern. Alles in allem will der Staat 1992 zwei Drittel der Preiserhöhungen durch Ausgleichszahlungen wettmachen. Damit würde der Staatshaushalt immerhin 64 Milliarden Rubel gewinnen. Dieses Geld wird nun aber der Bevölkerung ausgerechnet in dem Zeitpunkt aus dem Sack gezogen, da sie Eigentumsanteile an Staatsbetrieben erwerben darf (ab 1993).

Die interregionale Gruppe, die parlamentarische Opposition, griff die Regierungsvorschläge an. Der Bevölkerung würden statt Reformen nur Rechnungen präsentiert für alle Verfehlungen und Verspätungen in der Wirtschaftspolitik, die das ZK der KPdSU zu verschulden habe. Angesichts der Zersplitterung der Opposition blieb dieser Misstrauensantrag jedoch fruchtlos. Leute, die für mehr Marktwirtschaft eintreten, kritisierten das Vorhaben als dirigistisch und antimarktwirtschaftlich. *Poel Karp* bezeichnete das ganze Reformprogramm in der Neuen Zeit wie folgt (Nr. 23.90): *«Meiner Meinung nach ist ihr Projekt ein glänzender Schritt von Politikern, die keine Marktwirtschaft wollen, aber begreifen, dass sie sie schon nicht mehr offen ablehnen können. Deshalb verkünden sie die administrative Preiserhöhung als Regulierung der Marktwirtschaft.»*

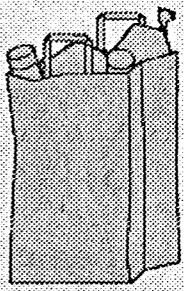
In eine andere Richtung geht *Victor Danilow-Daniljan* in *Sputnik* (4, April 1990): *«Unsere gutgemeinten Vorhaben können wir nicht in die Praxis umsetzen, da die Leitung der Wirtschaft einen ungenügenden Zentralisierungsgrad aufweist. Das mag paradox erscheinen, zumal heute sehr viel über die übermäßige Zentralisierung der Wirtschaft gesprochen wird. Doch es wird uns nicht gelingen, ökonomische Methoden mit Hilfe der Ware-Geld-Beziehungen durchzusetzen, ohne gleichzeitig die ökonomische und administrative Macht des wirtschaftsleitenden Zentrums stark zu erweitern.»* Dieser Widerspruch scheint nicht auflösbar zu sein: Die «freie Marktwirtschaft» kann in der Sowjetunion gegen den Widerstand des alten Apparates, der Bürokratie, aber auch gegen den Protest der Bevölkerung wegen der sozialen Folgen nur mit dem eisernen Besen in einer harten Hand eingeführt werden. Ob diese unfreie Marktwirtschaft dann aber als Regulator der Wirtschaft gesellschaftliche Bedürfnisse besser zu befriedigen vermag, darf bezweifelt werden, obwohl ihr mehr Misswirtschaft als dem stalinistischen System der überzentralisierten Fehlplanung auch nicht zuzutrauen ist.

Aber vielleicht bewahrheitet sich ja auch die Hoffnung *Vladimir Pankows*, wonach alle radikalen Wirtschaftsreformen U-förmig verlaufen, d.h. sie gerade in der Anlaufphase mit geringeren Wachstumsraten oder gar mit partiellen Rückschlägen verbunden ist. *«Im Jahre 1989 wurde endgültig klar, dass eine radikale Umgestaltung der Wirtschaft mit einer gleichzeitigen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nicht vereinbar ist.»* (S. 34) *«Im Jahr 1989 scheint die Sowjetunion den Tiefpunkt des U-förmigen Bogens der Entwicklungskurve ihrer radikalen Wirtschaftsreform erreicht und möglicherweise überschritten zu haben. Sieht man also schon ein Licht im Tunnel? Zweifellos, doch schimmert es noch in weiter Ferne. Sollte die Bevölkerung bis spätestens Ende 1991 noch keine merkliche Verbesserung ihres Lebensstandards erkennen können, wird möglicherweise die gesamte Perestrojka in Frage gestellt.»* (S. 116)

Preisvergleiche Frühjahr 1990
Staats- und Marktpreise in Moskau (in Rubel/Kilogramm)

	State	Markt
Apples (green)	3.00	15.00
Apples (red)	3.00	8.00
Beef	2.50	12.00
Cabbage	0.16	3.00
Carrots	0.32	1.50
Cucumbers	8.50	15.00
Garlic	1.80	4.00
Grapes	4.00	15.00
Lamb	2.50	15.00
Mandarins	1.00	10.00
Onions	1.00	3.00
Pork	2.50	15.00
Potatoes	0.50	2.00
Tomatoes	3.00	15.00
Veal	2.50	15.00

Source: FT Survey (average ratio 5.6)



In 500 Tagen um die Kurve?

In der zweiten Hälfte 1990 verschärften sich die Wirtschafts- und Versorgungskrise weiter. Die *Iswestija* vom 16.9.90 meldete beispielsweise, von 1250 Metzgereien in Moskau seien 750 ganz ohne Fleisch, und in den meisten anderen seien nur Wurstwaren zu finden. Laut ihren Angaben verfünffachten sich beispielsweise die Preise für Gemüse und Fruchtsäfte im Verlauf von zwei Monaten. Diese Misere führte erstmals zum Auftauchen von zwei verschiedenen Konzepten des Umbaus nebeneinander. Während das Reformprogramm von Ministerpräsident Ryschkow (Albakin-Plan) eine «gelenkte Marktwirtschaft» vorschlug und an zentralstaatlichen Leitplanken festhielt – ein «**fiskalisches Programm ohne ordnungspolitischen Rahmen**» wie die «Zeit» (21.9.) diese «Illusion des Gradualismus bezeichnete –, forderte der Schatalin/Petrakow-Plan einen Übergang zur Marktwirtschaft in 500 Tagen durch rasche Privatisierungen. Dieses von Boris Jelzin für die Republik Russland (RSFSR) vertretene und beschlossene Projekt sollte in der ganzen Sowjetunion in vier Etappen der jetzigen Krise ein Ende bereiten. Die «Konzeption zum beschleunigten Übergang der Wirtschaft der UdSSR auf Marktprinzipien», wie das Programm mit vollem Namen lautet, schreibt der Regierung minutiös vor, wie sie innerhalb eines Monats Arbeiten zu erledigen habe, die normalerweise mit einem 5-Jahres-Plan nicht zu bewältigen waren. Beispielsweise fordert es, innerhalb von vier Monaten müsse das Staatseigentum im Werte von 70 bis 100 Milliarden Rubel verkauft werden. Wer allerdings in dieser kurzen Spanne dieses Geld aufbringen soll, wird nicht beantwortet. Maggie Thatcher brauchte für den Verkauf von Staatseigentum im Werte von 18 Milliarden Pfund (45 Mia. Fr.) immerhin vier Jahre!

Diese Kur geniesst jedoch die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten, wie auch Massendemos in Moskau gegen Ryschkow und für die beschleunigte Liberalisierung zeigen. Das Programm redet Klartext und greift als solches den heutigen Ministerrat scharf an, der in den Augen des Volkes die Spitze des administrativen Kommandosystems darstellt. Aber selbst Schatalin sieht ein: «**Das polnische Rezept kann man unserem Land unmöglich verschreiben. Es würde nicht nur den Patienten krank zurücklassen. Auch keiner der Therapeuten würde das überleben. Ökonomisch könnte solch eine Schocktherapie nützlich sein, aber politisch ist sie undurchführbar.**» («Zeit», 28.9.90)

In der Regierung wurde um die beiden Projekte heiss gestritten. Während die Radikalreformer wie Gawril Popow und Anatolij Sobtschak (Bürgermeister von Moskau und Leningrad) einen Kompromiss zwischen dem Schatalin- und dem Ryschkow-Plan ablehnten, wurde ein Beschluss im Obersten Sowjet immer wieder hinausgeschoben, Gorbatschow hingegen fast einstimmig mit präsidentialen Vollmachten ausgestattet. Die Parlamentssitzung vom 16. Oktober wurde begleitet von Hinweisen auf den drohenden «Hungerwinter» und einen bevorstehenden Militärputsch. Die «Literaturnaja Gaseta» (Nr. 37) titelte denn auch: «**Zum Markt unter Armeeschutz?**» Selbst Reformer sind nicht mehr sicher, ob der Autoritätsschwund der Regierung und der Zerfall des Einheitsstaates ohne Armee gestoppt werden kann. Gorbatschows Wirtschaftsprogramm «Grundlegende Richtlinien der Stabilisierung der Volkswirtschaft und des Übergangs zur Marktwirtschaft», als Integrationsprogramm zwischen

Schatalin und Ryschkow gedacht, enthält denn auch viele vage Hinweise und Vorstellungen, ohne klare Konzeption zu deren Umsetzung. Obwohl der Oberste Sowjet diesen Plan am 19. Oktober 1990 mit 333:12 Stimmen (bei 34 Enthaltungen) annahm, bezeichnete es Jelzin als «eine Katastrophe». Heute lebt nun also die RSFSR, d.h. die Hälfte der Gesamtbevölkerung auf zwei Dritteln des sowjetischen Territoriums mit je nach Branche 60 bis 90% der entscheidenden Industrieproduktion, mit einem Plan, der in wesentlichen Zügen dem Projekt der Zentralregierung widerspricht.

Die Zwickmühle bleibt: Wie soll möglichst schnell umgebaut, möglichst schnell effizienter produziert, möglichst schnell besser versorgt werden und das zum Nutzen aller, um eine Zuspitzung der inneren Konflikte in der UdSSR zu verhindern? Während die verbürokratisierten Strukturen der zentralstaatlichen Missplanung zerfallen, zeigt sich das wahre Desaster von mehr als 60 Jahren Stalinismus: Einzig die Mafia und Teile der Bürokratie sind fähig, in den geräumten Entscheidungsfeldern zu agieren, während die Gesellschaft zerschlagen, ihrer Sprache und ihrer Vorstellungen beraubt abwartet, was wohl als nächstes über sie entschieden wird. Kann der Verfall der Staatlichkeit zu einem Aufleben der Gesellschaft oder nur zu einem Aufleben des Autoritarismus führen?

Literatur:

- Afanassjew, Juri (Hg.), Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988.
 Aganbegjan, Abel, Die Generallinie der Wirtschaftspolitik; in: Sozialismus. Theorie und Praxis, Moskau 1986.
 ders. Der Weg, der aus der Kälte führt; in: New Socialist, Mai/Juni 1988.
 ders. Ökonomie und Perestroika. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien, Hamburg 1989.
 Albakin, Leonid, Vorwärts wie eine Schildkröte; Interview in: Der Spiegel, 15/1989.
 Albakin, Leonid, Anatoli Blinow (Hg.), Perestroika von innen. Zehn sowjetische Wirtschaftsexperten beziehen Stellung, Düsseldorf 1989.
 Danilow-Daniljan, Viktor, Wunder machen niemanden satt; in: Sputnik 4, April 1990.
 Financial Times Survey: The Soviet Union, Beilage vom 12. März 1990
 Glasnost und Perestroika – Der Sozialismus im Wandel, Schweiz. Institut für Auslandsforschung (Hg.), Grösch 1990.
 Gorbatschow, Michail, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU, Moskau 1986.
 ders. Perestroika. Der revolutionäre Weg der Umgestaltung. Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, München 1987.
 Hewett, Ed A., Der neue Markt Sowjetunion. Effizienz und Perestroika in der sowjetischen Wirtschaft, Landsberg a.L. 1988.
 Karp, Poel, Die Wege zum Markt sind unergründlich; in: Neue Zeit, Nr. 23/90.
 Laqueur, Walter, Der lange Weg zur Freiheit. Russland unter Gorbatschow, Frankfurt a.M. 1989.
 Leontief, Wassily, Den Menschen freie Hand geben; in: Neue Zeit, Nr. 23/90.
 Mandel, Ernest, Das Gorbatschow-Experiment. Ziele und Widersprüche, Frankfurt a.M. 1989.
 Offene Worte, Sämtliche Beiträge und Reden der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU in Moskau, Nördlingen 1988.
 Pankov, Vladimir, Die Sowjetunion zwischen Marx & Markt. Eine Herausforderung für den Westen?, Wien 1990.
 Ryschkow, Nikolai, über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000, Moskau 1986.
 ders. Konzeption der Beschleunigung; in: Sozialismus. Theorie und Praxis, Moskau 1986.
 Saslawskaja, Tatjana, Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR, Wien 1989.
 dieselbe, Stadt und Land im Zeichen der Perestroika; in: Rinascita vom 11.3.1989.
 Shelton, Judy, Der rote Crash. Gorbatschows schweres Erbe. Die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion, München 1989.
 Sowjetunion 1988/89. Perestroika in der Krise. Herausgegeben vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München/ Wien 1989.